

sion und -strategie sowie ihre Produkte veränderten, würden sicherlich Probleme bekommen.

- Die Annahme, in China sei das Arbeitskräfteangebot überreichlich und kostengünstig. Zwar sei das Lohnniveau niedrig, doch gleichzeitig zähle China zu den Ländern mit dem niedrigsten Produktivitätsniveau. Zudem gebe es einen Mangel an Managern, für die Ausbildung der aus dem Ausland eingesetzten Experten müßte viel Zeit und Geld aufgewandt werden und die Fluktuationsrate bei den Arbeitskräften sei sehr hoch.

- Die Annahme, daß sich Gewinne erst nach langer Zeit einstellen. Demgegenüber zeigt die Studie, daß unter den richtigen Bedingungen ein Gewinn schneller möglich ist, als angenommen. (FT, 22.9.95, SCMP, 22.9.95) -schü-

*(21)

Japan und China verlängern Handelsabkommen

Am 18.9.95 unterzeichneten Japan und China eine Verlängerung ihres bilateralen langfristigen Handelsabkommens, das den Zeitraum 1996-2000 umfassen wird. Das laufende Handelsabkommen wird Ende 1995 beendet sein.

Im Rahmen des Abkommens ist eine Verringerung der Erdöllieferungen Chinas an Japan vorgesehen. Das bisherige Volumen von durchschnittlich 8,8-9,3 Mio.t Rohöl pro Jahr soll auf nur noch 6-8 Mio.t reduziert werden. Hintergrund ist der steigende inländische Verbrauch in China sowie die schleppende Erschließung neuer Erdölgebiete. Anstelle von Erdöl wird China dem Rahmenabkommen entsprechend ab 1996 mehr Rohkohle nach Japan liefern.

Im Rahmenabkommen soll sich Japan außerdem zu einer Fortsetzung des Technologietransfers in den Bereichen Elektrizität, Kommunikation, Transport, Petrochemie, Ausrüstungen für Industrie und den Bausektor, etc. verpflichten. (Kyodo News Service, Tokyo, in English, 18.9.95, nach SWB, 27.9.95)

Zum gleichen Zeitpunkt Mitte September traf in China eine Delegation von rd. 100 japanischen Unternehmern ein,

die Mitglieder in der Japan-China Association on Economy and Trade sind. Die Delegation stand unter der Leitung von Ryoichi Kawai, Vorstandsvorsitzender des japanischen Unternehmens Komatsu, sowie von Shoichiro Toyoda, Vorstandsvorsitzender der Toyota Motor Corp. und Leiter der japanischen Federation of Economic Organization (Keidanren). Die Delegation wurde auch von Ministerpräsident Li Peng empfangen, der bei dieser Gelegenheit darauf hinwies, daß die japanische Entwicklungshilfe an China als eine Art Wiedergutmachung gelten muß. Während der 30er und 40er Jahre habe China, so Ministerpräsident Li Peng, extrem unter der japanischen Besatzung gelitten. Die heutige Entwicklungshilfe Japans sei vergleichsweise gering gegenüber dem Schaden, den Japan in China angerichtet habe.

Zwischen 1972, nach Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern, und 1994 hat Japan an China Entwicklungshilfe mit einem Volumen von 90 Mrd. Yen als finanzielle Hilfe und über 63 Mrd. Yen als technische Hilfe bereitgestellt und China zinsgünstige Kredite in Höhe von 1,68 Billionen Yen zugänglich gemacht.

Li Peng kritisierte das Vorgehen der japanischen Regierung, die nach der Durchführung von Atomwaffenversuchen in diesem Jahr die Entwicklungshilfe zunächst eingefroren hatte. Li Peng bezeichnete das Verhalten der Regierung als "übertrieben" und "unfreundlich".

Die japanische Entwicklungshilfeagentur, die Japan International Cooperation Agency, hatte 1994 Entwicklungshilfe in Höhe von 7,8 Mrd. Yen zugesagt, jedoch 500 Mio. Yen eingefroren, als China im August den zweiten Atomwaffenversuch meldete.

Trotz dieser Probleme bezeichnete Ministerpräsident Li Peng die sino-japanischen Beziehungen als im allgemeinen gut. Japan sei Chinas wichtigster Handelspartner, und inzwischen rangiere China für Japan in dieser Hinsicht auch an zweiter Stelle. (Kyodo News Service, Tokyo, in English, 19.9.95, nach SWB, 20.9.95) -schü-

Binnenwirtschaft

*(22)

Vorschläge des ZK der KPCh zum 9. Fünfjahresplan und zum Langzeitplan

Die am 28.9.1995 von der 5. Plenartagung des 14. ZK der KPCh verabschiedeten Vorschläge zum 9. Fünfjahresplan (1996-2000) und zum Langzeitplan bis zum Jahre 2010 wurden von Ministerpräsident Li Peng in einer Rede vorgestellt und näher erläutert. (Hierzu: "Full text of Ninth Five-Year Plan Proposal", Xinhua News Agency, Beijing, in English, 4.10.95, nach SWB FE D2428/CNS, 7.10.95, und "Li Peng Provides Explanation of Five-Year Plan 'Proposal'", Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 5.10.95, nach SWB FE/D2428/CNS, 7.1.95) Im folgenden einige Auszüge zu wichtigen Aussagen und Zielvorstellungen.

Li Peng wies in seiner Rede darauf hin, daß es notwendig sei, das Konzept der Wirtschaftsplanung zu verändern, damit Inhalt und Planungsmethode die grundlegende Rolle des Marktes bei der Ressourcenallokation widerspiegeln könnte. Die staatliche Planung müsse sich auf die Makrokontrolle, auf die Strategie und auf wirtschaftspolitische Maßnahmen konzentrieren. Der Langzeitplan sowie der Fünfjahresplan, der vom Staatsrat vorgelegt werde, beschränke sich demnach auf die wichtigsten Zielvorgaben und Projekte und nenne im Gegensatz zu früheren Plänen nicht für alle Bereiche Detailangaben. Insgesamt seien die Zielvorgaben im Plan als Projektionen und Richtlinien aufzufassen.

Die folgende Analyse der inländischen und internationalen Situation bezeichnet Li Peng als den Ausgangspunkt für die Vorschläge des ZK:

- Der Wirtschaftsaufbau in den vorangegangenen Perioden habe die wirtschaftliche Kraft Chinas gestärkt und die Voraussetzung für die Erfüllung bzw. Übererfüllung des in diesem Jahr auslaufenden 8. Fünfjahresplans geschaffen und die Basis für die weitere Entwicklung gelegt.

- Die Bedingungen für weiteres Wirtschaftswachstum seien gegeben, da China ein großes Entwicklungsland mit einem riesigen Markt ist, in dem die Nachfrage stetig steige und sich der Lebensstandard kontinuierlich verbessere. Die relativ hohe Sparquote stelle eine wichtige Quelle des Wirtschaftswachstums dar.

- Die Einheit in der Partei sowie zwischen Partei und Bevölkerung und die soziale Stabilität sind wichtige Garantien für eine problemlose Durchführung von Reformen und für die Wirtschaftsentwicklung. Allerdings beständen eine Reihe von Widersprüchen und Schwierigkeiten, die teilweise bereits seit längerem die Entwicklung behinderten. Hierzu zählen die schwache Basis der Landwirtschaft, nur langsame Fortschritte bei der Reform der Staatsbetriebe und Probleme im Bereich der Produktion und im Management dieser Unternehmen, Inflation und unzureichende staatliche Mittel zur Entwicklungsfinanzierung, eine relativ schnelle Zunahme der Bevölkerung, ein enger Arbeitsmarkt, eine Zunahme der regionalen Entwicklungsunterschiede sowie ein Anstieg der Korruption.

- Durch das Ende des Kalten Krieges habe sich die internationale Situation entspannt; Frieden und Entwicklung seien nunmehr die wichtigsten Themen. Da andere Länder optimistisch hinsichtlich der Entwicklungschancen Chinas sind, habe sich der internationale Handlungsspielraum ausgeweitet. Weiterhin seien neue Entwicklungsmöglichkeiten durch den beschleunigten Prozeß der weltweiten wissenschaftlichen und technologischen Erneuerungen und die Anpassung der Industriestrukturen, durch die schnelle wirtschaftliche Entwicklung der asiatisch-pazifischen Region und durch die baldige Souveränität über Hongkong und Macao entstanden.

In den ZK-Vorschlägen zum 9. Fünfjahresplan und Langzeitplan werden folgende mittel- und langfristigen Ziele genannt:

- 1995 wird die Vervielfachung des Bruttosozialprodukts von 1980 erreicht sein. Auf dieser Basis soll bei gleichzeitiger Erhöhung der Bevölkerung (rd. 300 Mio. von 1980 bis 2000) eine Vervielfachung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts gegenüber 1980 erfolgen. Bis zum Jahre 2000 soll die Armut im wesentlichen ausgeremert sein und die Bevölkerung einen relativ komfortablen Lebensstandard erreicht haben.

- Bis zum Jahre 2000 soll der Aufbau eines modernen Unternehmenssystems beschleunigt und das System der sozialistischen Marktwirtschaft in seinen Anfängen aufgebaut worden sein. Die Reformanstrengungen sollen weiter verstärkt, der wissenschaftliche und technologische Fortschritt gefördert, die Industriestruktur optimiert und die wirtschaftliche Effizienz erhöht werden.

- Bis zum Jahre 2010 wird eine Verdoppelung des Bruttosozialprodukts des Jahres 2000 angestrebt. Die Bevölkerung soll dann in der Lage sein, ihren Lebensstandard noch weiter zu erhöhen. Bis dahin soll sich auch das sozialistische Marktwirtschaftssystem vollständig entfalten.

- Voraussetzung für die Erreichung der Ziele ist der Wandel des Wirtschaftssystems von der Planwirtschaft zur sozialistischen Marktwirtschaft einerseits und von einem extensiven Wachstum zu einem intensiven Wachstum andererseits.

Folgende Prinzipien der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung sollen für die kommenden 15 Jahre gelten:

1. Aufrechterhaltung einer nachhaltigen, schnellen und gesunden Entwicklung der Volkswirtschaft. Eine schnelle Wirtschaftsentwicklung muß von Effizienz und Qualität abhängig gemacht werden. Das Wachstumstempo kann regional unterschiedlich sein.

2. Aktive Unterstützung der Veränderung des extensiven Wachstums hin zu einem intensiven Wachstum durch Reform der Wirtschaftsstruktur und den Aufbau eines Unternehmensmanagements, das Ressourcen spart und die Gewinne erhöht.

3. Das Wirtschaftswachstum soll auf der Basis von Wissenschaft und Technologie erfolgen. Dies sind Produktionsfaktoren, die Bildung als Grundlage voraussetzen. Bildung muß hoch eingeschätzt werden, und begabte Menschen müssen respektiert werden.

4. Die Entwicklung der Landwirtschaft ist eine Hauptaufgabe in der Förderung der Wirtschaft. Die Modernisierung der Landwirtschaft und die Erhöhung des Lebensstandards der ländlichen Bevölkerung hin zu einem komfortablen Leben bleibt eine schwierige Aufgabe. Der Landwirtschaft muß Priorität eingeräumt und für die Industrien, die die

Landwirtschaft unterstützen sollen, müssen entsprechende Pläne aufgestellt werden.

5. Die Reform der Staatsunternehmen ist von zentraler Bedeutung für die gesamte Wirtschaftsreform. Ein modernes Unternehmenssystem auf der Basis des öffentlichen Eigentums ist die Grundlage der sozialistischen Marktwirtschaft. Durch die Belegung der staatlichen Unternehmen, insbesondere der großen und mittelgroßen Unternehmen, soll die staatseigene Wirtschaft ihre führende Rolle spielen können.

6. Die Politik der außenwirtschaftlichen Öffnung wird fortgesetzt.

7. Der Marktmechanismus und die Makrokontrolle sollen organisch miteinander verbunden werden. Das Recht zur Makrokontrolle soll zentralisiert sein bei der Zentralregierung, die die Interessen der verschiedenen Regionen berücksichtigt.

8. Die koordinierte Entwicklung der Regionalwirtschaften soll fortgesetzt und das Regionalgefälle reduziert werden. Seit der außenwirtschaftlichen Öffnung wurden einige Regionen dazu ermutigt, sich schneller als andere zu entwickeln. Hierdurch und aufgrund anderer Bedingungen haben die regionalen Entwicklungsunterschiede zugenommen. Unter einem strategischen Gesichtspunkt ist die Bevorzugung der Küstenprovinzen im Interesse der Gesamtwirtschaft und sollte von den Inlandsprovinzen anerkannt werden. Andererseits sollten die Küstenprovinzen nach dem Erreichen eines bestimmten Entwicklungsniveaus mehr zur Unterstützung der Inlandsprovinzen beitragen. Auch dies ist im Interesse der Gesamtwirtschaft und sollte von den Küstenprovinzen berücksichtigt werden.

9. Gleichzeitige Entwicklung von materieller Zivilisation und Aufbau der sozialistischen Kultur und Ideologie.

Bei seiner Vorstellung der ZK-Vorschläge erläutert Ministerpräsident Li Peng einige Aspekte im Fünfjahresplan näher, so beispielsweise die gesamtwirtschaftliche Stabilisierung:

- Für 1995 wird eine Inflationsrate von 15% angenommen und davon ausgegangen, daß die Teuerungsrate zwischen 1996-2000 durchschnittlich nicht höher als die Wachstumsrate liegt, die wiederum bei 8-9% angesetzt wird.

- Die Wachstumsrate der Anlageinvestitionen soll im 9. Fünfjahresplan niedriger als im laufenden Plan sein und durchschnittlich 30% jährlich nicht übersteigen.

- Die relativ strikte Geldpolitik soll auch zwischen 1996-2000 fortgesetzt werden. Gleichzeitig wird ein Abbau des Haushaltsdefizits durch Erhöhung der Einnahmen und Reduzierung der Ausgaben angestrebt.

Hinsichtlich der Reduzierung der regionalen Unterschiede nannte Li Peng folgende Maßnahmen:

- Schrittweise Erhöhung der finanziellen Unterstützung für die Zentral- und Westregion und schrittweise Konzentration von Infrastrukturprojekten in diesen Regionen.

- Anpassung der regionalen Struktur der weiterverarbeitenden Industrie durch Förderung der räumlichen Verlagerung von rohstoff- und arbeitsintensiven Industrien von den Küsten- in die Inlandsprovinzen.

- Die Preise für rohstoffintensive Produkte werden angepaßt, um die finanzielle Basis für die Entwicklung der Inlandsprovinzen zu schaffen.

- Die Kooperation zwischen den Regionen wird gefördert, und es werden Investitionsanreize für die Inlandsprovinzen geschaffen. -schü-

*(23)

Finanzminister weist auf Erfolge der Finanzreform und Haushaltsprobleme hin

Während einer Pressekonferenz, die vom Informationsbüro des Staatsrats für in- und ausländische Journalisten Ende September 1995 veranstaltet wurde, beantworteten der Finanzminister und Direktor des Zentralen Verwaltungsamtes für Steuern Liu Zhongli, der stellvertretende Finanzminister und Direktor der Zentralen Verwaltung für Staatsvermögen Zhang Youcai sowie der stellvertretende Direktor des Zentralen Verwaltungsamtes für Steuern Lu Renfa Fragen zur Steuerreform und zum Haushalt.

Liu Zhongli zufolge muß die 1994 begonnene Finanzreform als erfolgreich angesehen werden. So sei die Finanzbasis der Zentralregierung und der Lokal-

regierungen wesentlich verbessert worden. Neue Steuerquellen seien erschlossen, die Steuergesetze stärker beachtet und das Ausmaß der Steuerausnahmen und Steuervorteile eingeschränkt worden. Mit der Trennung der Steuern in zentrale und lokale Steuern wurden Liu Zhongli nach die Regeln für die Aufteilung des Steuervolumens festgelegt. Die Reform habe die Voraussetzungen geschaffen, daß die Zentralregierung über ihre vergrößerte Steuerbasis zukünftig Transferzahlungen leisten könne. Da die Aufteilung von zentralen und lokalen Steuern jedoch gleichzeitig eine Anpassung der jeweiligen Interessenlage notwendig mache, könne die Reform jedoch nur schrittweise durchgeführt werden. Aus diesem Grunde müsse das System der Steueraufteilung weiter verbessert werden, und es werde noch einige Zeit dauern, bis ein Finanzausgleichssystem aufgebaut sei. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 21.9.95, nach SWB, 21.9.95)

Liu Zhongli beschreibt hier in sehr vorsichtiger Weise die offensichtlichen Widerstände der Lokalregierungen, ihre "Interessenlage" den Anforderungen der Zentralregierung anzupassen.

Ein weiterer Fragenkomplex galt der steuerlichen Behandlung der Sonderwirtschaftszonen. Liu Zhongli versicherte, daß die steuerliche Bevorzugung zumindest kurzfristig nicht verändert würde. Langfristig jedoch müsse das Steuersystem in den Sonderwirtschaftszonen den nationalen Bedingungen angepaßt werden. Wann dies geschehe, sei jedoch noch nicht entschieden worden.

Hinsichtlich lokal existierender Steuererleichterungen kündigte Liu Zhongli an, daß der Zweijahreszeitraum, den der Staatsrat den Provinzen zur Anpassung ihrer Steuerbestimmungen an die 1994 eingeführten national geltenden Gesetze eingeräumt hat, zum Januar 1996 auslaufen wird.

Auf die Frage, wie die Entwicklung der Zentral- und Westprovinzen gefördert werden soll, betonte Liu, daß die Unterstützung der Inlandsregion nicht zu Lasten der Küstenprovinzen erfolgen wird. Allerdings nennt Liu gleichzeitig den schrittweisen Aufbau eines Länderausgleichssystems, um das regionale Entwicklungsgefälle zu reduzieren. Wichtiger sei jedoch die Unterstützung der Inlandsprovinzen bei der Erschließung ihrer Ressourcen. Die Zentralre-

gierung habe bereits die Investitionen für den Ausbau der Infrastruktur in den Inlandsprovinzen erhöht. (XNA, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 21.9.95, nach SWB, 21.9.95)

Für die ersten acht Monate d.J. gibt der Finanzminister die Haushaltseinnahmen mit 346,4 Mrd. Yuan an, ein Anteil von 60,8% des Planansatzes für 1995. Die Haushaltsausgaben beliefen sich auf 355,96 Mrd. Yuan, ein Anteil von 56% des Haushaltsansatzes. Im Vergleich zur Vorjahresperiode erhöhten sich die Haushaltsausgaben in den ersten acht Monaten d.J. um 30,3%. Die gesamten Einnahmen stiegen um 27,1%; die Einnahmen der Zentralregierung nahmen um 18,7% und die der Lokalregierungen um 36,7% zu.

Als problematisch erscheint Liu Zhongli zufolge die Ausweitung der Steuer rückstände der Unternehmen und der schnelle Anstieg der Ausgaben. Um die Planansätze im Haushalt einhalten zu können, soll auch in den nächsten Monaten eine restriktive fiskalische Politik durchgeführt werden. Bei gleichzeitiger strenger Ausgabenkontrolle sollen die Anstrengungen zur Eintreibung der Steuern verstärkt werden. (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 21.9.95, nach SWB, 21.9.95) -schü-

*(24)

Steigende Umweltbelastung

Mitte September d.J. fand in Beijing eine internationale Konferenz über Umweltschutz und Entwicklung statt, an der u.a. Experten der UN, Großbritanniens, Kanadas und der Niederlande sowie Vertreter der chinesischen Regierung und Umweltorganisationen teilnahmen. Gastgeber der Konferenz war die nichtoffizielle Beratungsorganisation für Umweltfragen und Entwicklung beim Staatsrat, China Council for International Cooperation on Environment and Development (CCICED). Ziel dieser Organisation ist die Intensivierung der Zusammenarbeit Chinas mit anderen Ländern bei Umweltfragen. Hierzu gehört auch die Veranstaltung einer jährlichen Konferenz mit einem Tagungsbericht für die chinesische Regierung.

Nach Einschätzung von Qu Guping, Direktor des Environmental and Resources Protection Committee beim Nationalen Volkskongreß, wird mit einem

Anstieg der Umweltverschmutzung in der Periode des 9. Fünfjahresplanes (1996-2000) zu rechnen sein. Neben einer Zunahme der Luftverschmutzung durch Kohleverbrennung werde die Luft durch verstärkten Ausstoß von Umweltschadstoffen der Industrie, der Haushalte und Fahrzeuge belastet. Qu Guping rechnet ferner damit, daß durch die Entwicklung des Energie- und verarbeitenden Sektors in der Zentral- und Westregion und durch den Energieverbrauch der ländlichen Industrieunternehmen die Umweltzerstörung in diesen Regionen weiter zunehmen wird. Ohne entsprechende Maßnahmen, so Qu Guping, werde die Umweltverschmutzung aus diesen Regionen dann auch auf die Ostregion übergreifen. (ZXS, Beijing, in English, 18.9.95, nach SWB, 21.9.95)

Wie stark Chinas Nachbarländer von der grenzüberschreitenden Umweltverschmutzung betroffen sind, zeigt das Beispiel Südkoreas. Nach Angaben des südkoreanischen Umweltministeriums gingen 30% des sauren Regens in Südkorea auf das Konto Chinas; lediglich 1% habe seine Ursache in Japan. Vor diesem Hintergrund ist Südkorea stark an einer Zusammenarbeit im Umweltbereich interessiert. Anfang Oktober d.J. schlossen beide Länder ein Abkommen über eine stärkere Zusammenarbeit in Umweltfragen. (Yonhap News Agency, Seoul, in English, 4.10.95, nach SWB, 6.10.95)

Zumindest auf dem Papier verfügt China inzwischen über einen umfangreichen Rechtsrahmen für den Umweltschutz. Seit Anfang der 80er Jahre hat der Nationale Volkskongreß (NVK) 12 Gesetze zum Schutz der Umwelt und der Ressourcen verabschiedet. Nach Angaben von Lin Zongtang, stellvertretender Direktor des Environmental and Resources Protection Committee beim NVK, wurden in den letzten drei Jahren vom NVK und vom Staatsrat Untersuchungsgruppen in 23 Provinzen gesandt, um den Stand des Umweltschutzes zu erkunden. Ergebnis dieser Untersuchungen sei gewesen, daß sich die Lokalregierungen der Umweltschutzproblematik stärker bewußt geworden seien und lokale Bestimmungen zur Umsetzung der Umweltschutzgesetze ausgearbeitet hätten. Allerdings sei die Umweltverschmutzung in vielen Gemeindeunternehmen noch keineswegs unter Kontrolle gebracht worden. (XNA, Beijing, in English, 28.9.95, nach SWB, 30.9.95)

Die Frage des Umweltschutzes wird demnächst noch eine stärkere Koordination und Kooperation zwischen den Provinzen erforderlich machen. Die geplanten Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität des Huaihe bis zum Jahr 2000 wird die Provinzen Henan, Shandong, Anhui und Jiangsu bzw. die am Flußlauf lebenden ca. 150 Mio. Einwohner der Provinzen betreffen. Obwohl der Huaihe durch die wichtigsten Getreideanbauggebiete Chinas führt, ist der Fluß durch Industrie- und städtische Abwässer in den letzten zehn Jahren stark verschmutzt worden. (XNA, Beijing, in English, 13.9.95, nach SWB, 16.9.95)

Einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Lianhe Bao* vom 22.9.95 nach sollen Ende Juli in der Provinz Henan rd. 1.000 Bauern aus dem Dorf Lishao dagegen protestiert haben, daß die lokalen Behörden ihre Beschwerden gegen zwei umweltverschmutzende Industriebetriebe nicht berücksichtigt hatten. Gegen zwei Chemiebetriebe, deren Einleitungen von Phenol in den örtlichen Fluß (aus dem Trinkwasser entnommen wird) weit über den Grenzwerten lagen, wurde trotz der Beschwerde der Bauern nichts unternommen. Aus Protest sollen die Bauern dann die Eisenbahnstrecke Lianyungang-Lanzhou für mehrere Stunden blockiert haben. (*Lianhe Bao*, Hong Kong, in Chinese, 22.9.95, nach SWB, 3.10.95) -schü-

*(25)

"Weiche Landung" erreicht?

In den letzten Monaten hat sich der Inflationsdruck nach offiziellen Statistiken deutlich verlangsamt. Im August beispielsweise stiegen die Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat Juli lediglich um 2,2%. Im Vergleich zum Vorjahresmonat August lag die Teuerungsrate bei 14,5%. Eine ähnliche Entwicklung weisen die Einzelhandelspreise für August auf. Gegenüber dem Vormonat betrug der Anstieg 2,3% und im Vergleich zum Vorjahresmonat 12,3%.

Obwohl also ein Abflachen der Preisentwicklung eingetreten ist, beträgt die Teuerungsrate für den gesamten Zeitraum Januar bis August 1995 bei den Verbraucherpreisen 19,8% und bei den Einzelhandelspreisen 17,2% im Vergleich zur Vorjahresperiode. (XNA, Beijing, in Chinese, 13.9.95, nach SWB, 20.9.95)

Daß der Anstieg der Einzelhandelspreise auf 17,2% begrenzt werden konnte, kommentiert das Staatliche Statistikamt als sehr positiv. Noch in der Vorjahresperiode habe die Zunahme der Einzelhandelspreise 21,7% betragen. Nach Einschätzung des Statistikamtes näherte sich die Teuerungsrate der für dieses Jahr angestrebten Marke von 15% an. In den 35 großen und mittelgroßen Städten lag die Teuerungsrate (Einzelhandelspreise) bereits bei 14,6%. (XNA, 12.9.95)

Wie wirksam die restriktive Geld- und Kreditpolitik ist, zeigt sich an der relativ geringen Zunahme der Anlageinvestitionen. Im Zeitraum Januar bis August d.J. belief sich das Volumen der von staatlichen Einheiten durchgeführten Anlageinvestitionen auf 575,1 Mrd. Yuan und erhöhte sich damit im Vergleich zur Vorjahresperiode um 16,8%. (XNA, in English, 18.9.95, nach SWB, 20.9.95) Von Januar bis Juli betrug der Anstieg der Anlageinvestitionen staatlicher Einheiten lediglich 14% und lag damit um 31 Prozentpunkte niedriger als in der Vergleichsperiode des Vorjahres. (XNA, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 26.8.95, nach SWB, 13.9.95)

Bemerkenswert ist auch der Rückgang des Industriewachstums. Die niedrigste Wachstumsrate der Industrieproduktion wurde mit 11,8% im August erreicht, und in der gesamten Periode von Januar bis August betrug die Zunahme der Industrieproduktion 13,7% im Vergleich zur Vorjahresperiode. (XNA, in English, 18.9.95, nach SWB, 20.9.95) Von Januar bis Juli betrug die Wachstumsrate der industriellen Wertschöpfung 13,9%. (XNA, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 26.8.95, nach SWB, 13.9.95)

Auch der Außenhandel verzeichnete eine positive Entwicklung mit einem Handelsüberschuß von 15,3 Mrd. US\$ bis August 1995. Die Exporte nahmen um 37,2% zu und betrugen 94,6 Mrd. US\$, und die Importe erhöhten sich um 15,3% auf 79,3 Mrd. US\$. (XNA, in English, 18.9.95, nach SWB, 20.9.95)

Die Losung für die kommenden Monate gab Minister Chen Jinhua von der Staatlichen Planungskommission in seinem Bericht vor dem Ständigen Ausschuß des NVK aus. Die Bekämpfung der Inflation müsse nach wie vor im Mittelpunkt der Anstrengungen stehen, um die Teuerungsrate bis Ende des Jah-

res unter 15% zu drücken. An zweiter Stelle nannte Chen Jinhua bereits die Landwirtschaft, die unterstützt werden müßte. Weiterhin seien die Kontrolle über den Anstieg der Anlageinvestitionen, die Reform der Staatsbetriebe sowie die Fiskal- und Finanzmarktrefor-men fortzuführen. Wichtig sei auch die Absicherung der Grundbedürfnisse der Arbeiter und Angestellten, die sich am unteren Einkommensende befänden. (XNA, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 26.8.95, nach SWB, 13.9.95) -schü-

*(26)

"Wanderarbeiter sind fleißiger und genügsamer"

Einem Bericht der Beijinger Zeitung *zhenli de zhuiqui* zufolge hat das Arbeitsamt der Stadt Beijing ein Rundschreiben herausgegeben, in dem 3-Sterne-Hotels zur Einschränkung ihrer nichtlokalen Beschäftigtenzahl aufgefodert wurden. Arbeitskräfte von außerhalb Beijings, die vor der Veröffentlichung des Rundschreibens eingestellt worden waren, könnten zwar bis zum Ende ihres Arbeitsvertrages weiterbeschäftigt werden, müßten dann jedoch in ihre Heimatorte zurückkehren.

Von den insgesamt 3.2985.000 Migranten Beijings sind 80% im sekundären und tertiären Sektor beschäftigt. Die Arbeitskräfte verteilen sich u.a. auf die Branchen Bauindustrie (500.000) sowie auf Textilindustrie, Dienstleistungsbereiche, etc. Weitere rd. 100.000 Arbeitskräfte sind als private Gewerbetreibende tätig und ca. 50.000 arbeiten im Obst- und Gemüseanbau sowie in der Geflügelzucht.

Obwohl die Wanderarbeiter nach Einschätzung von Zhang Baija, Bürgermeister von Beijing, zur wirtschaftlichen Entwicklung Beijings beigetragen hätten, verschärften sie jedoch auch das Problem der Arbeitslosigkeit der lokalen Bevölkerung.

Seit 1992 sind in Beijing im Durchschnitt pro Jahr 15.000 Menschen arbeitslos geworden; 1994 waren dies 19.000. Bei einer kürzlich durchgeführten Untersuchung über die Beschäftigungssituation der rd. 1,7 Mio. in staatlichen und kollektiven Unternehmen arbeitenden Menschen soll deutlich geworden sein, daß rd. 228.000 Arbeitskräfte freigesetzt werden müßten. Nach Statistiken vom Mai 1995 waren von

den 216 Unternehmensschließungen bzw. Quasi-Schließungen in Beijing 84.957 Arbeitskräfte betroffen.

Dem Bericht der *zhenli de zhuiqui* zufolge sollen nunmehr bestimmte Organisationen gefordert haben, daß die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für arbeitslose oder überschüssige Arbeitskräfte das wichtigste Ziel des Beijinger Arbeitsamtes sein müßte. Daß die Realisierung dieser Forderung schwierig sein wird, zeigt die Aussage eines Managers, der ein 3-Sterne-Hotel vertritt. Seiner Erfahrung nach seien die Wanderarbeiter fleißiger als die örtlichen Arbeitskräfte und verlangten gleichzeitig nicht so viel Lohn. Für einen Lohn von 600 bis 700 Yuan würde beispielsweise kein Beijinger mehr arbeiten. (*Zhenli de zhuiqui*, No. 8, Beijing, in Chinese 11.8.95, nach SWB, 27.9.95) -schü-

*(27)

Inflationsdruck für Inlandsprovinzen besonders stark

Auswirkungen der starken Inflation sind vor allem in den Inlandsprovinzen spürbar. Dies zeigt das Beispiel der "Autonomen" Region Innere Mongolei. Auch hier fiel zwar die Inflationsrate im Zeitraum von Januar bis Juni 1995 von 22,6% auf 21,9%, 21,0% und auf 19,8% und erreichte dann 17,1%. Doch liegt das durchschnittliche Einkommen in der Inneren Mongolei wesentlich unter dem Landesdurchschnitt und der Anstieg der Einkommen ist ebenfalls deutlich geringer. So erhöhten sich die Einkommen der städtischen Bevölkerung im 1. Halbjahr 1995 zwar um 20,7%, doch unter Berücksichtigung der Teuerungsrate sanken sie real um 0,8%.

Vor dem Hintergrund der hohen Inflation und der damit verbundenen realen Einkommensverluste führte die Lokalregierung der Inneren Mongolei Ende Juli eine Konferenz durch, auf der Fragen der stärkeren Kontrolle über die Preisentwicklung diskutiert wurden. Die Preise wichtiger Produkte wie Getreide, Baumwolle, Wasser, Energie, Kohle, raffinierte Erdölprodukte und im Transportwesen seien mehrfach im Rahmen der Preisreform angepaßt worden. Diese Anpassung sei notwendig gewesen zur Belebung der Produktion und für den Handel und auch Voraussetzung für die Schaffung eines gemeinsamen Marktes innerhalb Chinas.

Andererseits sei die Preissteigerung zu hoch und dauere schon zu lange. Negative Effekte zeige die Inflation nicht nur im Hinblick auf den Rückgang des Lebensstandards der Bevölkerung, sondern auch für Unternehmen, die aufgrund des Preisanstiegs nicht mehr in der Lage sind, Material einzukaufen und deshalb ihre Produktion einstellen müssen. (*Neimengguo Ribao*, Hohhot, in Chinese, 31.7.95, nach SWB, 22.9.95) -schü-

Taiwan

*(28)

Peng Ming-min zum Präsidentschaftskandidaten der Oppositionspartei DPP gewählt

Die größte Oppositionspartei Taiwans, die Democratic Progressive Party (DPP), hat am 25. September Peng Ming-min (72) zu ihrem Kandidaten für die erste direkte Präsidentschaftswahl in Taiwan, die am 23. März 1996 stattfinden soll, offiziell erklärt. Vorausgegangen war ein langwieriges Vorwahlverfahren in zwei Stufen. Bei der Nominierungswahl in der Partei am 16. Juni kamen Xu Xinliang (Hsu Hsin-liang) und Peng Ming-min jeweils mit einem besseren Ergebnis durch als die beiden anderen Bewerber You Qing (Yu Ch'ing) und Lin Yixiong (Lin Yi-hsiung). Von den abgegebenen Kader-Stimmen entfielen 59 auf Xu und 39 auf Peng, die Basis stimmte jedoch mit 11.001 für Peng und mit 9.119 für Xu. Nach dem Gesamtergebnis der ersten Vorwahlstufe lag Xu mit 29 Punkten eine Nase lang vor Peng mit 28 Punkten. (LHB, 12.6.95) In der zweiten Wahlstufe durften alle Wähler ihre Stimme abgeben. Vom 10. Juli bis 24. September fanden in 25 Kreisen und Städten insgesamt 49 Parteiwahlveranstaltungen statt, wobei Peng 177.477 und Xu 129.816 Stimmen auf sich vereinigen konnten. Infolge dieses deutlichen Sieges wurde schließlich Peng als Präsidentschaftskandidat der Partei nominiert. (LHB, 25.9.95; ZYRB, 26.9.95; FCJ, 30.9.95)

Peng, früher Professor für Völkerrecht und Direktor des Instituts für politische Wissenschaft an der Nationalen Universität Taiwan, wurde 1964 wegen der Verteilung eines Manifestes für die Un-